

LinksDruck

Zeitung der Partei DIE LINKE. in Lippe | Nr. 03, 08-2013



Themen dieser Ausgabe

Kathrin Vogler, MdB

„Mehr Geld für Krankenhausbeschäftigte ist gut für uns alle!“

Diskussionsveranstaltung mit der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesgesundheitsausschusses am 27. August in Detmold

mehr auf den Seiten 4 und 16

Dr. Diether Dehm, MdB

„Europa: So nicht! - Sozialstaat retten statt Banken“

eine musikalisch begleitete Open-Air-Wahlkampfveranstaltung mit dem niedersächsischen Spitzenkandidaten und europapolitischen Sprecher der Fraktion am 5. September auf dem Salzhof in Bad Salzuflen

mehr auf den Seiten 5 und 16

Sevim Dagdelen, MdB

„NSU-Verbrechen, Rassismus und die Rolle der Sicherheitsbehörden“

ein Vortrag der migrationspolitischen Sprecherin der Fraktion mit anschließender Diskussion am 19. September in Detmold

mehr auf den Seiten 4 und 16

Preisausschreiben

Erstmals haben wir ein Ratespiel in der LINKSDRUCK: In dieser Ausgabe sind überall gelbe Schilder verstreut. „Politik - Volk“ will sagen, dass sich die Politik oftmals deutlich von den Bedürfnissen der Bevölkerung entfernt hat. Darum ist LINKE Politik notwendig. Wer uns am Infostand oder im Büro in Detmold die richtige Anzahl der gelben Schilder mitteilt, bekommt dort ein Überraschungspäckchen.

Impressum

Kreisverband DIE LINKE. Lippe
Exterstraße 9, 32705 Detmold,
E-Mail: kontakt@dielinke-lippe.de,
Telefon: 05231-3028600,

Bürozeiten:

Montags 15 - 19 Uhr
Mittwochs 17 - 19 Uhr
Freitags 16 - 18 Uhr
Samstags 11 - 14 Uhr
V.i.S.d.P.: Evelin Menne

DIE LINKE.LIPPE

Wahlkampf ist wie Weihnachten, nur ohne Glühwein. Dafür gibt's bei den Parteien jede Menge Luftballons, Kugelschreiber und Fähnchen. - Doch was braucht unser Land wirklich?

All die Weihnachtsmänner und -frauen in den Parteien versprechen Wunscherfüllung. Nach der Bescherung kehrt schnell Ernüchterung ein, liegt doch kaum je Gewünschtes auf dem Gabentisch; dafür vieles, was keiner gewollt hat. Und das ist dann wegen der Alternativlosigkeit auch noch vom Umtausch ausgeschlossen.

Über die nicht bestellten Geschenke aus den Jahren zuvor darf gar nicht erst geredet werden, sonst ist gleich das ganze Fest versaut. Gemeint sind Geschenke wie Hartz IV für das arbeitsscheue Gesindel. Oder auch Rente mit 67 für die ausgebrannten, ungewünschten, für profitorientierte Unternehmen viel zu alten Alten.

Mindestlohn, gebührenfreie Kitas, ja womöglich Steuererhöhungen für die Reichen (Wie abgefah'n!) und anderes mehr, was ist uns in 2013 nicht alles schon in Aussicht gestellt worden. Unter (stillem) Finanzierungsvorbehalt, versteht sich. Sonst wär's ja ungerecht, nach der Wahl an dem gemessen zu werden, was man vor der Wahl

versprochen hat. Allein, mir fehlt der Glaube, dass - außer vielleicht leichten kosmetischen „Korrekturen“ (neuer Lack für's alte Auto) - Erkennenswertes dabei rumkommt.

Keine der Volks- und Klientelparteien CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS'90/GRÜNE und FDP hat sich von der Agenda 2010 erkennbar distanziert.

All diese Weihnachtsmänner und -frauen wollen die Politik der Förderung der Reichen und Förderung an die Armen fortsetzen - und sie werden es tun!

Niemand von ihnen denkt an ernste Schritte zur Arbeitsmarktregulierung und -förderung. Ein Min-

destlohn von 8,50 Euro ist - wenn er denn kommt - zwar mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Viel mehr aber auch nicht. Er hilft nicht gegen Altersarmut. Den heißen Stein kühlt er nicht. Er hilft auch nicht gegen zunehmende Befristungen in Arbeitsverhältnissen, gegen zunehmende Minijobs, Leiharbeit, Werk(schein)verträge und, und, und.

Das Hartz-IV-System der Unterdrückung und Sonderbehandlung von Menschen wird nicht in Frage gestellt, es wird, im Gegenteil, eher enthusiastisch gefeiert.

Hartz 4 wird auch in Zukunft mit dafür sorgen, dass Reiche reicher und Arme ärmer werden. Hartz 4 wird der Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft Handelsbilanzüberschüsse bescheren und damit der Verteilungskrise in Europa weiteren Explosivstoff liefern. Millionen jugendliche Arbeitslose in den europäischen Ländern lassen grüßen.

Unsere Kandidatin in Lippe II und Höxter: Ursula Jacob-Reisinger

Warum kandidiere ich für DIE LINKE?

Wir leben in einer unglaublich unge- rechten Gesell- schaft.

Während in den letzten Jahren einige wenige riesige Vermögen angesammelt haben, fehlt immer mehr Menschen das Allernötigste.

Erwerbslose werden drangsalieren, aber die Steuerflucht wird nicht wirksam bekämpft. In vielen Unternehmen explodieren die Gewinne, die Arbeitsproduktivität hat sich vervielfacht, aber wegen der verbreiteten Armutslöhne können viele von ihrer Arbeit nicht leben. Arbeitszeiten werden immer länger, gleichzeitig gehen immer mehr Beschäftigte in die Erwerbslosigkeit. Jeder zweite Job ist befristet, vielen fehlt deshalb eine Perspektive für ihr weiteres Leben.

Die anhaltende Krise in Europa wird auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen.

In der Partei DIE LINKE kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der die Menschen an erster Stelle stehen und nicht die Profite, in der nicht die Angst vor Armut und Abstieg ständig wächst, und wo Arbeit nicht nur Stress ist.



Ursula Jacob-Reisinger, Kreissprecherin DIE LINKE. Lippe, Direktkandidatin WK Lippe II / Höxter

Wir wollen, dass sich Reichtum nicht nur in den Händen Weniger ansammelt, sondern allen zugute kommt.

Viele reden darüber - wir machen Druck!

- Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde als ersten Schritt.
- Hartz IV muss weg, wir wollen stattdessen eine sanktionsfreie Mindestsicherung.
- Wir wollen eine solidarische, armutsfeste Mindestrente von 1050 Euro netto - die Rente ab 67 muss zurückgenommen werden!
- Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung - alle zahlen ein und werden gleichermaßen gut versorgt.
- Wir fordern höhere Besteuerung der Reichen, mehr Steuerfahnder und eine solide Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Liebe Wählerinnen,
liebe Wähler,

zu oft reingefallen auf die Versprechungen einer Partei? Sie sind noch nicht sicher, ob Sie überhaupt zur Bundestagswahl gehen wollen? Sie haben erlebt, dass Politiker vor der Wahl ganz anders reden, als nachher handeln, und Sie haben die Nase voll?

Wir auch! Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN. Wir stehen zusammen, um eine Politik von unten, von Menschen für Menschen zu machen. Wir sind die Leute von nebenan: Erwerbstätig oder auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, sind schon in Rente oder noch in Ausbildung, erziehen Kinder, pflegen unsere Eltern oder leben als Single.

Wir sind in der Gewerkschaft und streiten für gute Arbeit und Mitbestimmung. Wir sind umwelt- und friedensbewegt, gegen Rüstungsexporte und Auslandseinsätze. Wir sind gegen Nazis und Ausländerhasser und finden, dass alle ein Recht darauf haben, gut leben zu können. Alle Menschen haben das Recht auf eine gesicherte Zukunft in einer solidarischen, ökologischen und friedlichen Gesellschaft.

Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen, machen Sie bei uns mit, wählen Sie uns! Sorgen Sie am 22. September 2013 mit Ihrer Stimme dafür, dass DIE LINKE im Bundestag auch 2014 - 2018 ein Wörtchen mitzureden hat.

Mit solidarischem Gruß

*Ursula Jacob-Reisinger
und Berndt Wobig*

Zur Person: wohnt in Lage, 55 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind, Gewerkschaftsmitglied seit 1973, seit 2010 angestellt als Gewerkschaftssekretärin bei ver.di im Fachbereich Handel, davor langjährig im Einzelhandel beschäftigt und dort auch 15 Jahre lang Betriebsratsvorsitzende, seit 2005 Parteimitglied, zunächst in der WASG, dann DIE LINKE, Sprecherin im Kreisverband Lippe

Fortsetzung von Seite 1

Zu Herbstanfang wird in diesem Jahr der Deutsche Bundestag neu gewählt. Manche sprechen bereits wieder von einer Schicksalswahl.

Das mag ein wenig übertrieben sein, ganz falsch ist es andererseits nicht. Jedenfalls ist diese Wahl ein Vorgang, der uns, den Wählern, eine große Verantwortung aufbürdet: Verantwortung für uns, unsere Kinder und Enkelkinder, aber auch für unzählige andere Menschen.

Wir sind verantwortlich für den politischen und realen Umgang mit den Menschen in diesem Land, den Arbeitslosen, den Rentnern, den unsicher Beschäftigten, den Geringverdienern, den Kranken, den Alleinerziehenden und, und, und.

Wir sind auch verantwortlich für all die, die in überfüllten Booten den Weg zu uns suchen, nachdem die überwiegend westliche Profitwirtschaft deren Lebensbedingungen durch Landraub und Spekulation zerstört hat. Wir sind

verantwortlich für den Umgang mit Migranten und Asylsuchenden, die vor Elend, Krieg und Zerstörung fliehen und dabei ihr Leben auf's Spiel setzen.

Wir sind verantwortlich!

Keineswegs nur beim Wählen. Aber eben auch.

Also gehen wir wählen. Überlegt wählen! LINKS wählen! Keine Weihnachtsmänner im Herbst!

Unser Kandidat in Lippe I Berndt Wobig



Berndt Wobig, Vorstandsmitglied DIE LINKE. Lippe, Kreistagsmitglied Lippe, Direktkandidat WK Lippe I

Warum kandidiere ich für DIE LINKE?

Für eine gerechtere Gesellschaft! Wahlkampfauftakt der LINKEN in OWL

Mit ihrer Kernbotschaft „100 Prozent sozial – 100 Prozent vor Ort“ haben die Kreisverbände der Partei DIE LINKE am 19. Juli den Wahlkampf in OWL eingeleitet. Dazu trafen sich die sieben Kandidatinnen und Kandidaten vor dem Paderborner Arbeitsamt, um dort die Kernforderungen ihrer Partei für eine gerechtere und sozialere Gesellschaft vorzustellen.

Inge Höger, die seit 2005 im Bundestag ist, tritt erneut auf einem Listenplatz der Landesliste und als Direktkandidatin im Wahlkreis Herford/Minden-Lübbecke II an: „Mein Arbeitsschwerpunkt ist die Friedenspolitik. Im Verteidigungsausschuss setze ich mich gegen jede Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen ein. DIE LINKE fordert eine Rückführung der Bundeswehr auf ihre Verteidigungsaufgabe. Von Deutschland darf kein Krieg ausgehen!“

Für den Mangel an ausreichender Finanzkraft des Staates sind vor allem die von Rot-Grün durchgeführten Steuersenkungen und Abschreibungsmöglichkeiten für Konzerne und Großbetriebe, sowie die neoliberalen Gesetzespakete u. a. der Agenda 2010 verantwortlich.

Der Neoliberalismus hat sich zum größten Feind der Gesellschaften Europas und der Welt entwickelt.

Er hat in Deutschland die Steigerung privater Vermögen in wenigen Händen bei gleichzeitiger Verarmung großer Teile der Bevölkerung und von Bund, Ländern und Kommunen bewirkt. Die Mittel für soziale und öffentliche Daseinsfürsorge gehen immer weiter zurück.

Zur Person: 66 Jahre alt, verheiratet, 4 Kinder, ehemals als GEW-Mitglied im Personalrat in Berlin, Studiendirektor im Ruhestand, Mitglied der Partei DIE LINKE seit 2008, für die Partei im Kreistag seit 2009, Schwerpunkte meiner politischen Arbeit sind Bildung, Staatsfinanzen, Wirtschaft und Soziales.

Weiteren Kandidatinnen und Kandidaten in OWL sind Nadja Bühren (Minden-Lübbecke I), Ursula Jacob-Reisinger (Höxter/Lippe II), Ludger Klein-Ridder (Gütersloh), Siegfried Nowak (Paderborn), Frank Schwarzer (Bielefeld) und Berndt Wobig (Lippe I). Sie alle verbindet das politische Ziel, unsere Gesellschaft sozialer und gerechter zu gestalten und den Menschen vor den Profit von Unternehmen zu stellen.

Siegfried Nowak fordert ein neues Denken in der Politik: „Menschlichkeit und der Schutz der Umwelt müssen in den Mittelpunkt des Handelns gestellt werden, nicht die Sucht und Gier nach immer mehr materiellem Gewinn. Dazu müssen wir uns auf regionale Wirtschaftskreisläufe zurückbesinnen, die energiesparend, ressourcenschonend und für Kunden transparent sind.“

„Die Energiewende darf nicht gefährdet werden“, sagt Frank Schwar-

Als Beispiele sollen hier nur die am meisten unter dem Mangel leidenden Bereiche Bildung, Soziales, Gesundheit, Infrastruktur und Altersversorgung genannt sein.

Alle Parteien sind sich einig, dass Bildung in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland von größter Bedeutung ist. Nur stellen wir in immer neuen Studien und Vergleichen fest, dass andere Staaten erfolgreicher sind. Das Festhalten an überkommenen Strukturen und die fehlende Bereitschaft, längst bekannte, erfolgversprechende und erprobte Veränderungen vorzunehmen, sind neben dem allseits beklagten Finanzmangel die immer wieder genannten Begründungen für die schlechten Ergebnisse der Bildungsbemühungen.

Wir wollen, dass sich der von allen erwirtschaftete Reichtum allen zugute kommt.

Viele reden darüber – wir machen Druck!

zer. „Dazu muss sie aber weiterhin Akzeptanz finden. Deshalb dürfen ihre Kosten nicht auf die Bevölkerung abgewälzt werden.“

Eine weitere Kernforderung ist die Abschaffung des Arbeitslosengeld II: „HARTZ IV war ein politisch gewolltes Mittel, um deutschlandweit für den Export die Löhne zu drücken“, so Ludger Klein-Ridder. „Damit ging jedoch ein großer Kaufkraftverlust in Deutschland einher. Wir fordern eine sanktionsfreie Grundversorgung und Mindestlöhne von 10 Euro.“

Für Berndt Wobig, Studiendirektor im Ruhestand, ist Bildungspolitik ein zentrales Thema: „Wir brauchen ‚Eine Schule Für Alle‘ ohne Ausgrenzung. Wir müssen aber auch das dafür notwendige Geld in die Hand nehmen.“

Ursula Jacob-Reisinger und Nadja Bühren fordern ebenfalls einen

- Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde als ersten Schritt.
- Wir sind für eine sanktionsfreie Mindestsicherung - Hartz IV muss weg,
- Wir wollen eine solidarische, armutsfeste Mindestrente von 1050 Euro netto – die Rente ab 67 muss zurückgenommen werden!
- Wir fordern eine solide Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch höhere Einkommenssteuern, Vermögenssteuer, Reichensteuer, und dass Steuern dort gezahlt werden, wo die Gewinne entstehen.
- Wir sind für „Eine Inklusive Schule Für Alle“
- Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung – alle Einkommen zahlen ein und werden gleichermaßen gut versorgt.



flächendeckenden Mindestlohn: „Schon allein aus rentenpolitischen Gründen müssen wir dafür sorgen, dass die Löhne sich deutlich entwickeln. Sonst müssen zukünftige Generationen die heutigen Ersparnisse der Unternehmer mit zusätzlichen Sozialleistungen bezahlen. Zudem fordern wir eine Mindestrente. Die geforderte Flexibilität am Arbeitsmarkt schafft zunehmend gebrochene Erwerbsbiografien. Das ist ein gesellschaftliches Problem und nicht das Versagen Einzelner. Darüber hinaus müssen wir berücksichtigen, dass Altersarmut häufig weiblich ist und der besonderen Rolle der Frauen und Mütter Rechnung tragen.“

Mehr Geld für Krankenhausbeschäftigte ist gut für uns alle!

Vortrag und offene Diskussion mit Kathrin Vogler

im kleinen Saal der Stadthalle in Detmold am Dienstag, dem 27. August, um 19:00 Uhr

Die Versorgungssituation in den Krankenhäusern verschlechtert sich zunehmend. Die Ursachen liegen nicht zuletzt in der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Krankenhäuser, im Fallpauschalen-Finanzierungssystem und der weiter fortschreitenden Kommerzialisierung des Gesundheitswesens.

Die Bundesländer können seit vielen Jahren den Krankenhäusern weder Investitionsmittel für bauliche Veränderungen, noch Gelder zur Anschaffung von teuren medizinischen Geräten in ausreichender Höhe zur Verfügung stellen. Darum erfolgt zum Teil eine Querfinanzierung für solche Investitionen über die für die Behandlungen vorgesehenen Honorare der Krankenkassen. Wegen dieses Entzugs von Finanzmitteln für Investitionen gibt es immer wieder Einsparungen beim Personal.

Was bedeuten Arbeitsverdichtung, Zeitdruck, Belastung, Stress und Burnout beim Pflegepersonal?

Während es den Krankenhausärztinnen und -ärzten gelang, Gehaltssteigerungen und bessere Bezahlungen für Überstunden durchzusetzen, erfolgten zugleich tiefe Einschnitte beim Pflegepersonal, insbesondere durch massiven Stellenabbau. In vielen Häusern führt die Personalsituation zum Beispiel bei der Besetzung von Nachtschichten bereits zu einer Gefährdung des Patientenwohls. Laut ver.di fehlen 162.000 Vollzeitstellen, davon über 70.000 allein in der Pflege.



Das System der Fallpauschalen (DRGs) setzt falsche Anreize. Es belohnt, wenn möglichst viele Fälle mit möglichst wenig Personal in möglichst kurzer Zeit behandelt werden. Für die Patientinnen und Patienten bedeuten Fallpauschalen frühe Entlassung und häufig Wiedereinweisung („Drehtüreffekt“).

Viele Krankenhäuser bemühen sich aufgrund des Finanzierungssystems um lukrative, aber medizinisch oftmals unnötige Eingriffe. Um mehr Behandlungen und nicht

zuletzt mehr Operationen durchzuführen, wird das ärztliche Personal aufgestockt. Gleichzeitig werden bundesweit zigtausend Personalstellen beim Pflegepersonal gestrichen.

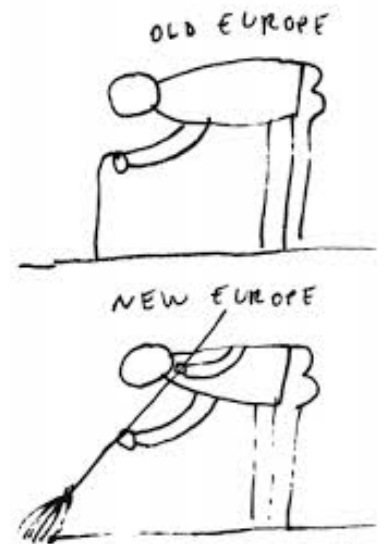
Die Kosten werden zu Lasten der Beschäftigten gesenkt.

Frühzeitiger Berufsausstieg stellt keine Seltenheit dar. Dies macht den Beruf unattraktiv und führt zu Pflegekräftemangel.

Der Finanzdruck führt zudem

Darum fordert DIE LINKE:

- jährlich 2,5 Mrd. Euro zusätzlich vom Bund und 2,5 Mrd. Euro von den Ländern zur Beseitigung des Investitionsstaus
- die Abschaffung aller Formen der Leistungsabrechnungen, die Anreize zu Über- und Fehlversorgung schaffen. Das beinhaltet auch das Verbot von Leistungsanreizen wie Bonus-Zahlungen für das Durchführen von immer mehr Operationen (die zum Teil noch



MdB Kathrin Vogler, hier bei einer Lesung im Detmolder Büro der LINKEN

Zur Person: 49 Jahre alt, Studium der Soziologie an der Uni Münster, von Beruf Verbands-Geschäftsführerin, 1983-2001 SPD-Mitglied, Austritt wegen Agenda 2010 und Afghanistankrieg, 2005 Eintritt in die WASG, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, Schriftführerin der Fraktion, Stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

dazu, dass immer mehr kommunale Krankenhäuser an große Klinikketten verkauft und privatisiert werden. Diese oftmals an der Börse notierten Konzerne arbeiten gewinnorientiert und haben neben dem Wohl der Patientinnen und Patienten vor allem das Wohl der Aktionäre im Auge. Darum betreiben sie „Rosinenpickerei“:

Abteilungen werden geschlossen, Krankenhäuser der Vollversorgung bieten danach nur noch spezialisierte Angebote an. Die wohnortnahe Versorgung für die Patientinnen und Patienten und die Versorgungsqualität werden gefährdet.

nicht einmal medizinisch indiziert sein müssen).

- keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern und Überführung bereits privatisierter Kliniken in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften
- bessere Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung insbesondere für das Pflegepersonal und nichtärztliche Berufsgruppen.
- eine verbindliche, aus dem medizinischen Bedarf abgeleitete

bundesweite gesetzliche Mindest-Personalbemessung

Nur so kann für die Beschäftigten in den Krankenhäusern Arbeitszufriedenheit hergestellt, dem Pflegekräftemangel begegnet und die Versorgungsqualität für die Patientinnen und Patienten dauerhaft gewährleistet werden.

Gastbeitrag von Kathrin Vogler, DIE LINKE, stellvertretende Vorsitzende des Bundesgesundheitsausschusses

Mach mit!

Gemeinsam für deine Interessen. Für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie. Bei Rückfragen und für weitere Informationen: www.linksaktiv2013.de oder Telefon 030/24 00 9111

DIE LINKE.

Der Stadtverband DIE LINKE. Bad Salzuflen trifft sich immer Dienstags um 19 Uhr in der Gelben Schule, Martin-Luther-Str. 1 in Bad Salzuflen.

DIE LINKE. Lippe freut sich, dass sie mit Dr. Diether Dehm den niedersächsischen Spitzenkandidaten der LINKEN ins Lipperland „abwerben“ konnte. Der Bundestagsabgeordnete ist über seine politischen Aktivitäten hinaus vor allem im Kulturbereich aktiv und Musikfans schon längst ein Begriff.

Lieder wie »1000 mal berührt«, »Faust auf Faust«, »Was wollen wir trinken 7 Tage«, »Das Weiche Wasser«, »Monopoli« hat er komponiert, aber er trägt bei seinen Wahlkampfauftritten nicht nur das selbstgemachte Repertoire vor. Auch als Brecht-Interpret können die Zuschauer Diether Dehm am 5. September in Bad Salzuflen live und Open Air erleben.

In enger Zusammenarbeit mit anderen Kulturschaffenden wie z. B. Günter Wallraff (1976 gemeinsamer Aufbau der Gegen-Bild-Stellen in Köln und Frankfurt), Dieter Hildebrandt, Dietmar Schönherr, um hier nur einige Beispiele zu nennen, hat Dehm seit Jahren die Kulturlandschaft der Bundesrepublik entscheidend mit geprägt.

Aber auch inhaltlich verspricht diese Veranstaltung ein Highlight

Europa: So nicht! - Sozialstaat retten statt Banken

Open-Air-Wahlkampf mit Musik von und mit Diether Dehm auf dem Salzhof in Bad Salzuflen am 5. September ab 17:30 Uhr

Zur Person: 63 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder, 1 Enkelin, Liedermacher, Theater- und Romanautor, Komponist, Musikverleger, 1966-1998 SPD-Mitglied, seit 1999 in der PDS, 2003-2010 Landesvorsitzender in Niedersachsen, seit 2005 für DIE LINKE im Bundestag, europapolitischer Sprecher der Fraktion, stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft „LINKE Unternehmerinnen und Unternehmer“

im LINKEN Wahlkampf zu werden. Dehm wird sich insbesondere mit dem EU-Krisenmanagement auseinandersetzen:

„Wir haben gegen den ESM vorm Bundesverfassungsgericht geklagt, weil dessen Konstruktion darauf basiert, dass nach wie vor nicht Banken für Banken und ihre Risiken haften, sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Europas“, so Diether Dehm, und er fährt fort:

„Die Steuerzahler sind es, die mit Milliarden von Euro die riskanten und unseriösen Geschäftspraktiken der Institute absichern. Seit Beginn der Krise mit der Lehman-Pleite hat sich also gar nichts getan. Das ist unfassbar.“



Dr. Diether Dehm auf dem Bundesparteitag der LINKEN in Dresden

NSU-Verbrechen, Rassismus und die Rolle der Sicherheitsbehörden

Vortrag und Diskussion mit Sevim Dagdelen im kleinen Saal der Stadthalle in Detmold am Donnerstag, dem 19. September, 19:00 Uhr



Sevim Dagdelen, links, hier mit Sahra Wagenknecht auf einer Veranstaltung in ihrem Heimatwahlkreis Bochum

Zur Person: 38 Jahre alt, ledig, Beruf: Journalistin, seit 2005 für die Partei DIE LINKE. im Bundestag, Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik, Sprecherin für Internationale Beziehungen

Sevim Dagdelen, integrations- und migrationspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, wird in ihrem Vortrag die Ereignisse und Ermittlungsspannen rund um den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) darstellen. Dem NSU werden unter anderem eine rassistische Mordserie an neun Menschen in den Jahren 2000 bis 2006, zwei Bombenanschläge in Köln 2001 und 2004 und ein Polizistenmord in Heilbronn im Jahr 2007 zugeordnet.

Das „Versagen“ der staatlichen Behörden bei den Ermittlungen zu den NSU-Morden hatte dabei System. Die Zwickauer Terrorzelle um Beate Zschäpe hatte nicht nur

Unterstützer aus der rechten Szene, sondern auch in den Reihen der Ermittlungsbehörden.

„Daher“, so fordert die Abgeordnete, „muss endlich ernsthaft ein Verbotverfahren gegen die NPD in Angriff genommen werden. Die Geheimdienste müssen aufgelöst werden und von den politisch Verantwortlichen erwarten wir Rücktritte.“

Zudem müsse es, so Dagdelen, eine lückenlose Aufklärung der NSU-Verbrechen und der Verstrickung von Sicherheitsbehörden darin geben. Der NSU-Prozess muss dabei die Hintergründe und Verantwortlichen aufdecken. Im Anschluss an den Vortrag steht die Bundestagsabgeordnete für Fragen und eine Offene Diskussion mit dem Publikum zur Verfügung.

Steuern, Steuern, Gegensteuern!!!

Wahlkampfzeit – Zeit für Wahlversprechen.

Ob Energiewende, Erhalt der Infrastruktur, Haushaltskonsolidierung, Bildungspolitik und Rentenpolitik - alle politischen Entscheidungen und Wahlversprechen schlagen sich im Haushalt nieder, und der wird dann über Schulden bei Großbanken oder über Steuern finanziert. Gerade an der Steuerpolitik zeigt sich beispielhaft, wie sich nach den Vorstellungen der Parteien die Gesellschaft entwickeln soll.

Ein Blick auf die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte zeigt ein verheerendes Bild. Eine Analyse im Auftrag der Landesregierung NRW belegt, dass den Kommunen die Ausgaben für soziale Leistungen nicht in voller Höhe vom Land erstattet werden. Als Folge davon fehlt den Städten und Gemeinden das Geld für Investitionen in Infrastruktur wie Schulen, Straßen und Jugend- und Senioreneinrichtungen.

Bereits 2008 wurde der Investitionsbedarf der Kommunen bis 2020 mit mindestens 704 Mrd. € beziffert. Laut einem Gutachten der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) besteht ein jährlicher Mehrinvestitionsbedarf in Ganztagsbetreuung und Schulinfrastruktur von 45 Milliarden Euro. Die KFW schätzte im April 2013 einen Rückstau von aufgeschobenen Investitionen auf ein Volumen von 128 Mrd. Euro. Alleine im letzten Jahr erhöhte sich diese Summe um 20 Mrd. Euro.

Die Folgen dieser politisch gewollten Unterfinanzierung sind an dem Verfall der öffentlichen Schulen, der Straßen und Spielplätze für jede/n täglich zu sehen.

Als Ausweg aus dieser selbstverschuldeten Notlage wird dann gerne die Privatisierung und der Verkauf von öffentlichem Eigentum angeboten.

Unternehmen übernehmen die Aufgaben des Staats und wollen

Der Stadtverband DIE LINKE. Lemgo trifft sich alle 14 Tage Freitags um 18 Uhr im Friedensbüro Lemgo, das nächste Mal am 16. August.

selbstverständlich einen Gewinn erwirtschaften – die Zeche zahlt dabei immer der Bürger und Verbraucher. Der Armut der öffentlichen Hand steht ein riesiger, aber hochkonzentrierter privater Reichtum gegenüber.

Es ist möglich, dieser Entwicklung gegenzusteuern. Die Frage ist nur, ob das gewollt ist.

Eine Möglichkeit ist die Anpassung der Einkommensteuer: Mit einem für 2014 geplanten Aufkommen von 209 Mrd. Euro ist sie eine der einnahmenstärksten Steuern der öffentlichen Hand.

Hier planen die CDU und FDP einen Abbau der „kalten Progression“, was zu Mindereinnahmen von rund 3,1 Mrd. Euro führen wird. Hauptnutzer dieser Reform sind Bezieher von hohen Einkünften. Die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen wird damit nur verstärkt.

SPD und Grüne planen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von derzeit 45 % für Einkommen über 250.731 Euro im Jahr auf 49 % ab 100.000 Euro (SPD) bzw. ab 80.000 Euro (Grüne). Die Grünen planen daneben noch eine Anhebung des Grundfreibetrages von 8.354 Euro

auf mindestens 8.700 Euro.

Weiter geht der Vorschlag der Partei DIE LINKE: Durch eine Anhebung des Grundfreibetrages auf 9.300 Euro werden viele prekär Beschäftigte wegen ihrer geringen Einkünfte entlastet. Der Spitzensteuersatz wird ab einem Einkommen von 65.000 Euro auf 53 % angehoben. Für Einkommen über 1 Mio. Euro im Jahr wird eine Steuer von 75 % fällig.

Ein Vergleich der Vorschläge zeigt, dass beim SPD – Vorschlag niedrige Einkommen nicht entlastet werden und dadurch die Kaufkraft von Haushalten mit niedrigem Einkommen sich nicht erhöht. Bei dem Vorschlag der Grünen werden Einkommen von 10.000 Euro im Jahr um 57 Euro entlastet. Bei einem Einkommen von 50.000 Euro im Jahr beträgt die Entlastung 109 Euro. Von einer wirksamen Entlastung niedriger Einkommen kann also auch hier keine Rede sein.

Die geplanten Erhöhungen von SPD und Grünen bedeuten bei einem Jahreseinkommen von 80.000 Euro eine Mehrbelastung von 262 Euro (SPD) und 1.044 Euro (Grüne). Bei einem Jahreseinkommen von

200.000 Euro steigt die Belastung auf 8.714 Euro (SPD) und 9.906 Euro (Grüne).

Der Vorschlag der LINKEN führt bei einem Einkommen von 80.000 Euro zu einer Mehrbelastung von 1.318 Euro und bei einem Einkommen von 200.000 Euro zu einer Mehrbelastung von 15.244 Euro.

Selbst mit dieser deutlichen Steuererhöhung bleibt die durchschnittliche Steuerbelastung noch unter dem Steuertarif von 1998!

Es werden also nur die Steuerentlastungen zurück genommen, die von der damaligen Rot-Grünen Bundesregierung gerade auf hohe Einkommen gewährt wurden. Hohe Einkommen, die schon durch den Wegfall der Vermögensteuer zusätzlich entlastet wurden, werden zu einer gerechten Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge herangezogen.

Für ein sozialeres Steuersystem wird es voraussichtlich nach der nächsten Bundestagswahl eine Mehrheit sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat durch die Fraktionen von der LINKEN, der SPD und den Grünen geben. DIE LINKE steht zu ihren Wahlversprechen und wird eine soziale Politik unterstützen. Ob die SPD ihre Versprechen auch ernst nimmt oder in einer „großen Koalition“ für ein paar Ministerposten im Kabinett Merkel opfert, ist dagegen nicht gewiss.

Hartz-IV: 10 Jahre Armut per Gesetz

Gelungene Wahlkampfauftakt-Veranstaltung der LINKEN im Lemgoer Cafe Vielfalt

Unter dem Motto „Hartz IV: 10 Jahre Armut per Gesetz“ erinnerte der Stadtverband der Partei DIE LINKE am vergangenen Donnerstag in einer Veranstaltung an die 10. Wiederkehr des Tages der Verkündung der Agenda 2010. Dazu hielt die Bundestagsabgeordnete der Partei, Inge Höger, einen Vortrag über die von 2003 bis 2005 beschlossenen Gesetze, an den sich eine lebhaft Diskussion anschloss.

Schon 2002 plädierte Kanzler Schröder in seiner Regierungserklärung für Lohnkürzungen zum Zwecke von „mehr Wachstum,



Inge Höger, MdB DIE LINKE, mit Direktkandidat Berndt Wobig in Lemgo

Beschäftigung und Gerechtigkeit“. Damit war auch die Richtung

der Agenda angedeutet, die dann 2005 den bis dahin geltenden sozia-

Die Demographielüge: Haben sie es doch geschafft!

Kaum ein Mensch unter 40 glaubt noch, dass die Rente im Alter ein würdevolles Leben ermöglicht. Die umlagefinanzierte Rente ist nicht mehr finanzierbar, kaputt. Zu viele Rentner und zu wenige Einzahler, so einfach wird uns die Erklärung serviert. Richtig, die Einzahler werden weniger und die Rentner mehr!

Aber ist das ein Problem?

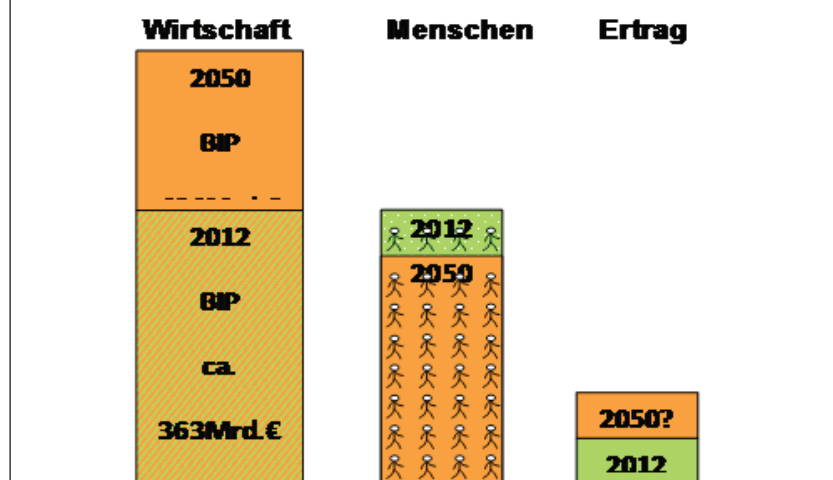
Die Kinderzahlen gehen schon ab 1900 kontinuierlich zurück. Seit der Pille wird dieser Rückgang dramatisch genannt. Seit ca. 2000 trommeln einige Herrschaften Alarm, sie sagen: „Die Jungen können die Alten nicht mehr finanzieren“. Mit Minijobs und geringem Verdienst gehen auch die Einzahlungen in die Rentenkasse zurück.

Trotzdem sollen die Beiträge für die Rentenkassen von 19,8 auf 19,4% gesenkt werden. Komisch, wenn die Rente nicht mehr sicher ist, wieso sollen dann die Beiträge gesenkt werden? Gesagt wird uns, dass diese Senkung sein muss, weil die Rentenkassen zu viel Geld zurückgelegt haben.

Da soll noch einer schlau draus werden!

Der angebotene Ausweg ist auch schon da. Riester. Sie wollen nur unser Bestes, unser Geld. Sie wollen, dass wir in ihre Riester-Modelle einzahlen, und sie an den Gebüh-

Entwicklung der Gesellschaft in Deutschland



Die Grafik zeigt, dass wir in den kommenden Jahren eine steigende Produktivität und eine Steigerung des Inlandsproduktes erwarten können. Da gleichzeitig die Anzahl der Menschen abnimmt, würde jeder einzelne einen größeren Teil davon erwirtschaften und könnte an ihm teilhaben.

ren und Renditen mit verdienen. Aber, Riester ist auch hinfällig, da die Rendite der damit finanzierten Anlagen nicht einmal die Höhe der Einzahlungen sichert.

Und das Ganze ist auch der Einstieg in den Ausstieg aus der

Sozialpartnerschaft. Denn den Riester finanzieren die Arbeitnehmer alleine. Da in Riester auch ein staatlicher Anteil steckt, nimmt sich der Staat das Recht, die Renten von ehemals 57,4 % auf 46,2 % des letzten Netto zu kürzen.

Lüge oder Wahrheit?

Die Wahrheit liegt wohl, wie immer, in der Mitte. Ja, die Rentner werden mehr und die Einzahler weniger. Das ist aber schon lange so. Riester ist kein Ausweg, da der Finanzmarkt sich als unfähig erwiesen hat, für sichere Renten zu sorgen und das Problem der Einzahlungen das gleiche ist, wie bei der umlagefinanzierten Rente!

Ein seriöser Ausweg

Alle seriösen Rentenpolitiker und Statistiker sagen, dass die demographische Entwicklung kein Grund für eine Änderung am Rentensystem ist: Ein konsequentes Ansparen der zur Zeit auflaufenden Beiträge und die sichere Anlage für die späteren Rentner gebietet der klare Verstand.

Die weitere Entwicklung kann durch moderate Anpassungen der Beiträge und einen größeren Anteil an der Entwicklung der Produktivität (s. Grafik) ausgeglichen werden.

Wenn es dann noch gelingt, alle Einkommensarten mit in die Sozialversicherung einzubeziehen und die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen, könnte die Rente mit 65 in einer Höhe von 57,4 % des letzten Netto lange fortbestehen.

Fortsetzung von Seite 6

len Konsens in der Bundesrepublik einseitig zulasten der Beschäftigten verschob. Ziel sollte die Reform des Arbeitsmarktes sein, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu halbieren. Durch die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Ausweitung von Leiharbeit, die Förderung von Minijobs, die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und die Zusammenlegung von ALG II und Sozialhilfe glaubte man, dieses Ziel zu erreichen.

Die individuellen und gesellschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen haben in Deutschland zu beispielloser Armut und Ausgrenzung bei den Betroffenen und zu einer ebenfalls bis dahin nicht gekannten

Zunahme von Reichtum in der Hand weniger geführt. Alle behaupteten Erfolge erweisen sich im nachhinein als zu teuer erkaufte. Bis heute kommt die zuständige Ministerin der Aufforderung des Bundessverfassungsgerichtes zur Berechnung des tatsächlichen Bedarfs von Kindern und Jugendlichen im Hartz IV Bezug nicht nach.

Ziel der Maßnahmen war die Angst der Beschäftigten vor dem Verlust ihres sozialen Standards, der nun einen Abstieg innerhalb eines Jahres von einer gut bezahlten Angestellten oder ArbeiterIn zu einer armen SozialhilfeempfängerIn bedeuten kann. Die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften aus Angst

um Arbeitsplätze führte zu realen Einkommensverlusten, welche die Löhne in Deutschland in die untere Zone von Europa absenkten. Die Außenhandelserfolge aufgrund der niedrigen Löhne wurden mit einer Verödung der Innenstädte aufgrund von Kaufkraftverlusten erkaufte. Das Steueraufkommen und damit die Steuerquote (der Anteil des Staates an allen produzierten Gütern und Dienstleistungen) sank von über 57 % auf nun 48 %. Die Sozialkassen verloren einen wesentlichen Teil ihrer Beiträge.

In der folgenden Diskussion konnten einige der Teilnehmenden aus ihren eigenen Erfahrungen berichten.

Zum Ende der Veranstaltung waren sich die Anwesenden mit der Bundestagsabgeordneten einig, dass die Forderungen der Partei DIE LINKE, unterstützt werden müssen:

DIE LINKE fordert in ihrem Bundestagswahlprogramm mindestens 500 Euro Arbeitslosengeld II sofort. Langfristig strebt die Partei eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro an.

Immer wieder dient die Finanzknappheit als Ausrede!



Für die Bankenrettung und für Bad Banks sind Hunderte von Milliarden Euro vorhanden. Es ist dringend erforderlich, mehr Geld in Bildung zu investieren, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. In Wahlkämpfen und Sonntagsreden finden wir die Forderung nach mehr Geld für Bildung bei allen Parteien. In der Realität landet Deutschland in allen Bildungsvergleichen der letzten Jahre immer wieder auf den hinteren Plätzen.

Zwei wesentliche Gründe hierfür sind:

1. die Kulturhoheit der Länder mit dem unsäglichen Einmischungsverbot des Bundes und
2. die Unterfinanzierung des gesamten Systems bei gleichzeitiger Überfinanzierung fragwürdiger Bereiche, wie z.B.

Gymnasien und Förderschulen. Die Finanzknappheit ist hausgemacht. Steuersenkungen, Abschreibungsmöglichkeiten und Gewinnverschiebungen in Steueroasen sind nicht vom Himmel gefallen, sondern als Gesetze vom Bundestag verabschiedet worden.

Des Weiteren hat die Politik zugunsten von Unternehmen den Niedriglohnsektor so weit ausgebaut, dass die Menschen von ihren Löhnen nicht mehr leben können. Nahezu ein Viertel der Erwerbstätigen sind in diesem Sektor beschäftigt. Die Steuerzahler zahlen einen Teil dieser Niedriglöhne mit, die Sozialversicherungen bluten aus und die Rente wird unter das benötigte Minimum gesenkt.

Produktive Arbeit ohne Rationalisierungspotential wird in Niedriglohnländern ausgelagert. Arbeit im Dienstleistungsbereich lässt

sich nur bedingt rationalisieren. Die Verdichtung der Arbeit stößt an physische Grenzen der Beschäftigten. Die Zunahme von Stress und körperlicher Überlastung wird allseits beklagt. Viele Arbeitstätigkeiten im Gesundheitsbereich sind bereits stark ausdifferenziert; z. B. werden Aufgaben wie Essen anreichen, Desinfektion, Reinigung, Küche nicht mehr vom Pflegepersonal, sondern von eigens dafür geschaffenen nicht-medizinischen Beschäftigten im Niedriglohnbereich erledigt. Häufig geht diese Ausdifferenzierung mit deutlichen Qualitätsverlusten einher.

Niedriglöhne erscheinen als Ausweg aus dem Dilemma, haben jedoch die fatale Folge, dass die Kaufkraft in Deutschland stark zurückgeht. Solange der Export boomt, lassen sich Gewinne realisieren. Bei Exportrückgängen, wie

beispielsweise durch die Krise in Griechenland, Spanien oder Italien, steht der Binnenmarkt nicht als Puffer zur Abfederung zur Verfügung. Aus diesem Grund erscheint die Forderung der LINKEN nach einem Mindestlohn von 10 Euro als vernünftig. Der höhere Lohn geht in Familien mit geringem Einkommen sofort in den Konsum und erscheint so als ein Konjunkturprogramm mit langfristiger Wirkung.

Als Nebeneffekt werden die Sozialversicherungen entlastet und das Steueraufkommen steigt. Als weitere Quellen zur Finanzierung von Dienstleistungen sind die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die Anhebung der Einkommenssteuer sowie eine Reichensteuer erforderlich. Für Infrastruktur, Bildung und kommunale Daseinsvorsorge stehen dann ausreichende Mittel zur Verfügung.

Für diese Forderungen trete ich aus tiefster Überzeugung ein.

*Berndt Wobig,
Direktkandidat für Lippe I*

Familienförderung in Deutschland: „Familien sind bestens versorgt?“

Wie unterschiedlich die Interpretationen ein und desselben Sachverhalts doch sein können. Die beauftragten Gutachter stellen fest, dass die Wirksamkeit der Förderung von Kindern und Familien mittels Steuern, direkter Zuwendungen und anderer Maßnahmen der Bundesrepublik äußerst gering ist, die Förderung nicht dort ankommt, wo Bedarf ist, und die größtmögliche Wirksamkeit entfalten könnte. Die Auftrag gebende Bundesfamilienministerin stellt hingegen fest, dass dieselben Förderungsmaßnahmen genau die Wirkung entfalten, die beabsichtigt ist.

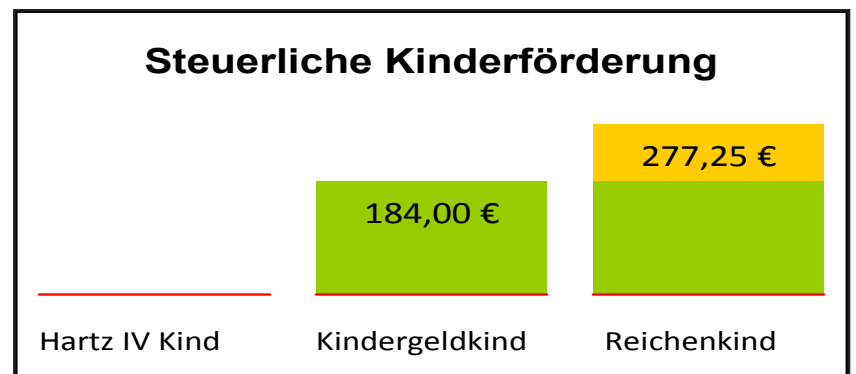
Interpretation der Bundesregierung: Durch die Maßnahmen wird die größtmögliche Flexibilität der Familien erreicht.

Herzlichen Glückwunsch also, ihr Familien mit einem Einkommen von mehr als 501.000 Euro! Bei euch kommt die Förderung an. Ihr habt es ja auch bitter nötig, denn ihr gebt

ja euer ganzes Geld für die Versorgung der Familie aus. Wegen eurer Bedürftigkeit könnt ihr ja auch nicht sparen und euren Reichtum vergrößern.

Herzlichen Glückwunsch, ihr normal verdienenden Familien! Wenigstens das Kindergeld und die Freibeträge kommen bei euch an, sofern ihr überhaupt so viele Ausgaben geltend machen könnt.

Leider Pech gehabt, ihr Familien im Bezug von Arbeitslosengeld II! Aber ihr liegt uns ja eh auf der Tasche, und wir können uns eine noch größere Förderung eurer Kinder nun mal nicht leisten. Ihr müsst euch mehr anstrengen, dann kommt ihr auch wieder in den Genuss der staatlichen Kinderförderung. Wenn wir eure Kinder genauso fördern würden, wie die der „Leistungsträger“ unserer Gesellschaft, dann würdet ihr nur noch mehr Kinder in die Welt setzen und wir müssten dafür noch mehr Geld ausgeben.



Interpretation oder Verbiegung der Realitäten?

Folgt man den Stellungnahmen der Gutachter, scheint es sich um eine Verbiegung zu handeln. Oder wie kommt es, dass sie öffentlich erklären, die Kernaussagen ihrer Untersuchungsergebnisse seien dem, was durch die Bundesfamilienministerin dazu ausgesagt wird, diametral entgegengesetzt.

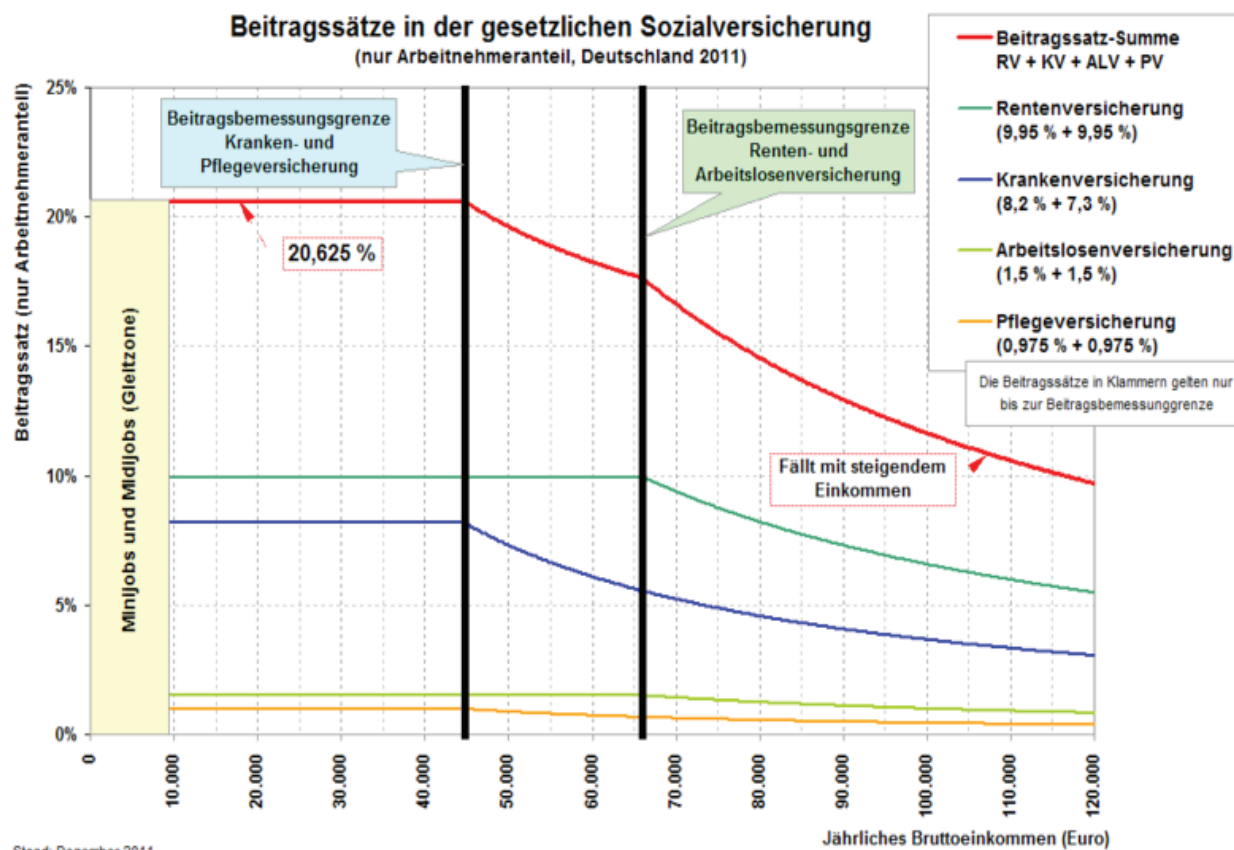
Ursprünglich ist die Untersuchung von der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen in

Auftrag gegeben worden. Gute Familienpolitik müsse sich in steigenden Kinderzahlen ausdrücken. Sie wollte herausbekommen, warum in Deutschland trotz des Einsatzes von sagenhaften rund 200 Mrd. Euro für Familienförderung die wenigsten Kinder in Europa geboren werden.

Und siehe da! Man wurde fündig. Man gibt zwar viel aus, aber für die falschen Dinge: Das Geld wandert zu 37 Prozent nicht dahin, wo Kinder sind, sondern zu denen, die verheiratet sind, ob mit oder ohne Kinder.

Unsere Sozialversicherung ist eine Gute! Kann man sie besser machen? - Ja, man kann!

1. Zur Zeit gibt es in der Sozialversicherung eine Beitragsbemessungsgrenze. Diese bevorzugt Menschen mit höherem Einkommen. So sinkt der prozentuale Anteil mit höherem Einkommen zum Teil um mehr als die Hälfte. Das ist nicht gerecht!
2. Für die Krankenversicherung gibt es die sog. Versicherungsfreiheit. Liegen die Einkünfte zwei Jahre hintereinander über der Beitragsbemessungsgrenze, so entfällt auf Antrag die Versicherungspflicht. Die Folge ist, dass Menschen mit höherem Einkommen nicht mehr in die solidarische Krankenversicherung einzahlen und die Verbleibenden höhere Lasten schultern müssen.
3. Selbständige sind nicht versicherungspflichtig, was in einigen Fällen von Scheinselbständigkeit zu sozialen Notlagen führt.
4. In anderen Ländern (Schweiz, Großbritannien, etc.) heißt es nicht Sozialversicherung. Die staatliche Krankenversicherung in England und die Altersversicherung in der Schweiz gelten für alle: Alle Menschen mit einem



Stand: Dezember 2011

Einkommen, egal, ob aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Lohnarbeit oder aus Kapitalerträgen, zahlen in die Versicherung ein. Damit bleiben die Beiträge gering und

niemand ist außen vor. Wer will, kann sich zusätzlich privat versichern.

Da weder die Schweiz noch England im Verdacht stehen, sozialisti-

sche oder kommunistische Zwangsregime zu sein, sollten sie uns als Beispiel für die Umgestaltung und Verbesserung der deutschen Versicherungssysteme gelten!

Neues vom Sozialticket: Antrag der Kreistagsgruppe hat was bewirkt!

Seit 2011 erhält die Stadt Detmold für ihr so genanntes Sozialticket eine Landesförderung, die vom Kreis Lippe an die Stadt durchgereicht werden muss. Für 2013 hat nunmehr außer Detmold auch die Gemeinde Kalletal erstmals diese Fördergelder beantragt.

Der Modellversuch Sozialticket im Kalletal wird nach Auskunft der Kreisverwaltung eigenwirtschaftlich vom Kreis Lippe betrieben. Die Preise hierfür sind gegenüber dem bereits eingeführten Kalletal-Ticket, das den Monatspreis bereits deutlich von 39,70 Euro auf 24,50 Euro reduziert hatte, nochmals um 40 Prozent verbilligt. Anspruchsberechtigte von Leistungen aus dem SGB II und XII können somit ihr nicht übertragbares Ticket für 19,50

Euro erwerben. Anlusstickets in anderen Gemeinden seien damit nach Auskunft der KVG ebenfalls ermäßigt. Nach einem Jahr Probeauf soll geprüft werden, ob das Modell auf anderen Gemeinden im Kreisgebiet übertragbar ist.

Evelin Menne, beratendes Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss ist überzeugt:

„Ein großes Hindernis für eine kreisweite Einführung eines solchen ermäßigten Tickets ist die undurchschaubare Verflechtung der Verkehrsunternehmen, die einzig und allein der fortgeschrittenen Privatisierung des Nahverkehrs geschuldet ist.“

Die Kreistagsgruppe DIE LINKE. Lippe hatte daher die kreisweite Einführung eines Sozialtickets

beantragt, das diesen Namen auch verdient. Sie unterstützt selbstverständlich alle Anstrengungen des Kreises, den Nahverkehr preisgünstiger zu gestalten: „Allerdings streben wir nicht nur eine Ausweitung des ermäßigten Tickets an, unser Ziel ist es, den Nahverkehr zu rekommunalisieren und allen Menschen, ganz gleich, wo sie leben, einen erschwinglichen, später kostenfreien Nahverkehr zur Verfügung zu stellen.“

Auch wenn die Anträge der LINKEN im Kreistag Lippe wegen des Gruppenstatus zumeist nicht zugelassen werden, so hatte die Gruppe in diesem Fall doch die Gelegenheit nutzen können, auf einen Antrag der SPD aufzusatteln.

Der Antrag der SPD forderte eine Ausweitung der Kulturcard auf bedürftige RentnerInnen. Hier hatte DIE LINKE Nachbesserungspotential gesehen und ihrerseits gefordert, dass die ermäßigten Kulturplätze in Lippe auch erreichbar sein müssten, sowohl hinsichtlich der Preisgestaltung, als auch im Hinblick auf die Fahrzeiten und Linienführung.

Dass die Ermäßigungen in den Gemeinden völlig unterschiedlich gehandhabt werden, ist nach Ansicht der LINKEN zwar inakzeptabel, aber zur Zeit wohl kaum zu ändern. Nach Angaben der Kreisverwaltung würde die Vereinheitlichung zu einem Konsens auf niedrigstem Niveau führen und viele Menschen würden die Einsparungen verlieren, die ihnen mit der bisherigen Praxis in ihrer Kommune gegeben sind.

„Herr Caesar, wie wollen Sie aus dieser Nummer wieder herauskommen?“

Berndt Wobig, Direktkandidat für DIE LINKE. Lippe, fordert von seinem Konkurrenten Rechenschaft: „Herr Caesar, wie wollen Sie aus dieser Nummer wieder herauskommen?“

Der Casus Cajus Caesar erzeugt bei vielen Menschen ein Geschmäcke, denn der Ankauf von Waldflächen durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Caesar wirft noch viele Fragen auf.

DIE LINKE in Lippe erwartet, dass der Abgeordnete im Wahlkampf Rede und Antwort steht und alle Zweifel hinsichtlich einer persönlichen Bereicherung auf Kosten der Senioren und der Allgemeinheit ausräumt.

Cäsar hatte von den hochbetagten Geschwistern Richter und Kortemeier für sagenhafte 100 Euro ein Stück Wald erworben. Das ließe sich nun zu einem Wert von 30.000 Euro weiterveräußern, sofern gewünscht. Denn die Fläche hängt zusammen mit kleineren Flächen, die Caesar

bereits zuvor vom Landesverband erworben hatte. Die Landesverbandsversammlung hatte dem stückweisen Verkauf dieser rund 30 ha zu einem Listenpreis – ganz entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten – an Caesar stets zugestimmt. Pikant: Der CDU-Kreisvorsitzende war früher als Förster bei eben diesem Landesverband angestellt.

„Immer wieder findet die Öffentlichkeit Beispiele für den Verfall der Sitten und des Anstandes und für die sprichwörtliche Gier der Mächtigen. Haben wir es hier mit einem weiteren Beispiel dieses Verfalls zu tun?“ fragt Berndt Wobig. Der Direktkandidat der Partei DIE LINKE im Wahlkreis Lippe I geht davon aus, dass die Wählerinnen und Wähler im September darüber entscheiden werden, ob Herr Cäsar sich als Mensch, als Experte und als Bundestagsabgeordneter integer verhalten hat: „Auch die Mitglieder der Verbandsversammlung sind aufgefordert, ihre Verkaufsentscheidungen vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen.“

Darum fordert DIE LINKE Aufklärung des gesamten Vorganges, auch im Hinblick auf die Verkaufspraxis des Landesverbandes.

Kandidat Berndt Wobig wirft folgende Fragen auf:

- Hat Herr Caesar die Geschwister über den wahren Grundstückswert des Waldstückes aufgeklärt?
- Hat Herr Caesar den Geschwistern sein Fachwissen als Diplom Forstingenieur bezüglich der finanziellen Verwertbarkeit der Naturschutzflächen zur Verfügung gestellt? Offensichtlich besteht ja auch in Naturschutzgebieten die Möglichkeit zur finanziellen Verwertbarkeit durch Brennholzgewinnung, Jagdverpachtung und Förderung.
- Entspricht ein „Geschäft“, bei dem Leistung und Gegenleistung im Verhältnis von 30000 / 100 Euro stehen noch dem, was juristisch als „Gute Sitte“ bezeichnet wird?
- Ist dem Kreis das Waldstück auch zu einem Preis von 100 Euro angeboten worden?
- Inwiefern hat es eine Zweckentfremdung des Naturschutzgebietes gegeben, indem dort Brennholz geerntet und vom ursprünglichen Misch- auf Buchenwald umgestellt wurde? - Hierfür hatte Caesar sogar noch Fördermittel beantragt, die aber nicht genehmigt wurden.
- Wie kann es sein, dass der Lan-

desverband einem Bürger Waldfläche verkauft, was bei vielen anderen abgelehnt wird?

- Hat der Landesverband sich bei den fraglichen Verkäufen in irgendeiner Weise von seiner sonstigen Verkaufspraxis entfernt? Dabei sollte neben der Preisfindung geklärt werden, ob und wie viele vergleichbare Waldstücke anderweitig überhaupt verkauft wurden.

Wobig macht dem CDU-Politiker einen Vorschlag zur Bereinigung: „Herr Caesar, übertragen Sie den Wald umgehend an den Kreis Lippe. Falls Sie am Hungertuch nagen, sollte der Kreis nicht kleinlich sein, und Ihnen die 100 Euro zurückerstatten. Den Rentnern würde ich an Ihrer Stelle die Hälfte aller Erlöse aus dem Brennholzeinschlag und der Jagdpacht anbieten. Ich werde Sie auf jeden Fall bei nächster Gelegenheit auf einer Wahlkampfveranstaltung darauf ansprechen, verlassen Sie sich darauf.“

Dass Caesar den Rentnern den „Klotz am Bein“ für die unglaubliche Summe von 100 Euro abgenommen hat, ist laut Wobig gar nicht hinnehmbar: „Solche Vorgänge müssen beim Namen genannt werden. Caesar ist Insider und hatte Informationen, die die beiden Rentner offensichtlich nicht hatten. ER wusste um den Wert einer solchen Immobilie und hat darüber hinaus sogar noch versucht, mit einem solchen Gebiet öffentliche Gelder anzuzapfen. Das ist ihm nicht gelungen, aber der Wert des Waldes ist trotzdem um 300-mal größer als das, was er den Rentnern „bezahlt“ hatte. Die Wähler werden auch darüber entscheiden.“

SPD kapituliert

Wenige Wochen vor der Wahl zieht Kurt Kalkreuter die weiße Fahne hoch. Wie schon in Lemgo, Bad Salzuflen und Detmold ist nun auch im Kreis die große Koalition ausgebrochen.

Lippische Bürger, wir werden uns noch wundern!

Die Arbeitsteilung von SPD und CDU in Lemgo nach dem Schema: SPD beantragt ohne Not den Verkauf der Ostschule und die CDU „unterstützt“ den Antrag der SPD, wird sich im Kreis fortsetzen. Die weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums deutet sich in der Senioreneinrichtung in Lemgo bereits an. Wenn erst mal ein privater Gesellschafter mit an Bord ist, kann man sich die Folgen für die Beschäftigten bereits jetzt ausmalen.

Nein SPD und CDU! Wir glauben euch nicht! Ihr habt in der Vergan-

genheit zu oft bewiesen, dass euch die Lage der Beschäftigten erst nach den Finanzen interessiert. Ihr Bekenntnis, Herr Kalkreuter, „prekäre Arbeitsverhältnisse“ zu vermeiden, gilt nur bis zur Privatisierung, dann sind andere dafür verantwortlich!

Wir appellieren an Sie, die Lippischen Bürgerinnen und Bürger!

Erteilen Sie diesen Machenschaften von CDU und SPD die erforderliche Quittung! Wählen Sie die Koalitionen von Schwarz – Gelb ab und wählen Sie auch nicht Schwarz – Rot! Keine solchen Koalitionen, nicht im Bund und auch nicht in den Kommunen!



Wohin will die lippische SPD-Kreistagsfraktion nach der Kommunalwahl?

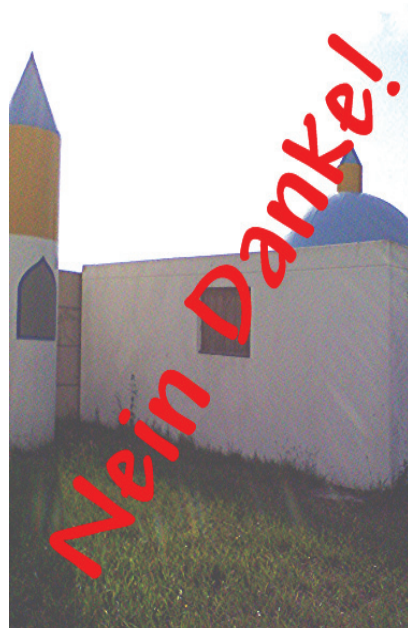
Entgegen aller Stimmungsmache: Der Nationalpark Senne ist machbar - und zwar ohne Militär!

Die Nutzung der Senne durch die Bundeswehr nach Abzug der Briten ist noch keineswegs beschlossen!

Nachdem die schnelle Verwirklichung des Nationalpark Teutoburger Wald nun leider vorläufig gescheitert ist, meinen einige Militärköpfe und Unbelehrbare - vorneweg die FDP mit ihrer Haus- und Hofzeitung „Lippische Landeszeitung“, auch der Nationalpark Senne sei Vergangenheit.

So versuchte die LZ mit der Schlagzeile „Bundeswehr will in der Senne bleiben“ zu vermitteln, dass es eine endgültige Entscheidung gäbe. Im Text des Artikels kann man dann aber lesen:

„... Die Bundeswehr sei bestrebt, den Truppenübungsplatz Senne ... weiter zu nutzen, sofern der Bedarf an Schieß- und Einsatzausbildung



auf dem Platz realisiert werden könne, ...“.

Es gibt also nichts Neues!!!

Andrea MacGregor, Mitglied des lippischen Kreistags für DIE LINKE, bleibt dabei:

„Wir fordern, dass der schon in zwei Landtagen durch SPD und Grüne beschlossene Nationalparkstatus für die Senne endlich verwirklicht wird!

Es ist an der Zeit, ein Ende zu machen mit der Militärgeschichte der Senne! Aus einem Ort, an dem das Töten gelehrt wird, soll endlich ein Ort des Lebens werden!

Wir wollen die sofortige Einstellung der Kriegsbungen in der Senne

und den Abbau der Kampfdörfer. Das Militär, ob britisches, deutsches oder sonstiges, muss raus aus der Senne!“

Vielleicht fällt es SPD und Grünen in NRW aus einem bestimmten Grund schwer, ihre eigenen Beschlüsse umzusetzen. Sie sind ja selbst Kriegsbefürworter-Parteien geworden und wollen wahrscheinlich den jeweiligen Kriegsminister - z. Zt. wohl (noch?) Herr de Maizière - nicht auch noch belästigen.

Unsere friedenspolitische Haltung begründet, ja fordert uns auf, dass wir weiter für eine Freie Senne kämpfen!

Gruppe DIE LINKE.

im Kreistag Lippe
Felix-Fechenbach-Str. 5
32756 Detmold
Büro: Raum 508
Telefon: 05231-62508
E-Mail: die.linke@kreis-lippe.de

Bürozeiten: Di - Do 14-16 Uhr (nicht in den Ferien)

Sitzungen: 14-tägig Dienstags außer

in den Ferien, 17 - 19:30 Uhr

nächster Termin: 10. September

Weil Land sicherer ist als der Aktienmarkt!

CDU - Abgeordneter Caesar auf Schnäppchenjagd: Lippischer Abgeordneter kaufte von zwei betagten Senioren (85 und 90 Jahre alt) ein 72 000 m² großes Grundstück für 100 Euro. Diese Schlagzeilen in der Lippischen Landeszeitung erstaunten uns Anfang Juni in diesem Jahr - Und was noch?

Alles hatte seine Richtigkeit, keiner wurde betrogen, keiner fühlte sich ausgetrickst. Im weiteren Bericht konnten wir lesen, dass der lippische Forstmann von seinem früheren Dienstherrn, dem Landesverband Lippe (LVL), nach und nach bereits ca. 60 ha. Grund und Boden gekauft hatte. Natürlich auch dies im besten Einvernehmen mit den verantwortlichen Stellen des LVL. Seine Landlust ist jedoch längst nicht erschöpft, braucht er doch insgesamt 75 ha (also noch ca. 5 ha) zusammenliegende Flächen für einen vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Eigenjagdbezirk.

Nun mag man beim Lesen dieser Nachricht ins Grübeln kommen, einzigartig ist diese Story nicht. Landkauf ist modern geworden und gehört bereits zu den Normalitäten unserer von Eurozweifeln befallenen Geschäftswelt. So schrieb eine bäuerliche Fachzeitschrift (also kein Linksletter) neulich folgendes:

„Das Land wandert zum Geld“

„Was viele Bauern schon länger ahnen, ist jetzt auch wissenschaft-

lich bestätigt: Immer häufiger stecken branchenfremde „Investoren“ ihr Geld in landwirtschaftliche Betriebe. Sie übernehmen vermehrt in Ostdeutschland große Einheiten zu Kursen, die andere sich nicht leisten können. Die früheren LPG wechseln still und leise ein weiteres Mal die Eigentümer.“

Nun, hier irrt das Landwirtschaftliche Wochenblatt. Richtig ist: Das Land wechselt nun zum 1. Mal seinen Besitzer. Denn ganz gegen die bei uns weit verbreitete Medienmeinung wurden die landwirtschaftlichen Betriebe in der damaligen DDR nicht enteignet. Die Bauern blieben Grundbucheigentümer, soweit sie ihre Heimat nicht verließen. Nach der Wende konnten sie über ihre Flächen (unter 100 ha) wieder frei verfügen und diese verpachten oder verkaufen.

Warum ist Landbesitz zur Zeit so begehrt?

Land ist ein nicht vermehrbare Produktionsfaktor und gilt gerade in Zeiten wackliger Staatsfinanzen als krisenfest und inflationssicher.

Wie sehr, zeigt der momentane, atemberaubende Preisanstieg. Auf dem Papier werden die Bauern damit vermögend und die Pachtpreise steigen. Das hilft zwar den Aussteigern, jedoch keineswegs denen, die weiter erfolgreich wirtschaften wollen. Die kleinen, mittelständischen Biobauern, die sich mühsam eine Existenz geschaffen haben, kommen unerwartet in nicht verschuldete Notlagen. Sie können die hohen Pachtpreise nicht mehr zahlen.

Die augenblickliche Landwirtschaftspolitik der Regierungsparteien treibt unsere Bauern von den Höfen. Sie werden zur Beute von „Hobbylandwirten“, Geldanlegern und der Agrarindustrie mit Massentierhaltung und Mega-Maisgasanlagen. Vor allem in Nordwestdeutschland gehören bereits große Teile der Stallgebäude, mindestens aber die Tiere darin, nicht mehr den Bauern, die sie einst gebaut hatten. Banken, Futtermittelhersteller und -händler ziehen im Hintergrund bereits die Fäden.

Auszüge aus dem Parteiprogramm DIE LINKE zu Agrarpolitik und ländlicher Entwicklung:

- Zu einer pluralen Eigentumsordnung des demokratischen Sozialismus gehören das Privateigentum kleiner und mittlerer Unternehmer. Das gilt auch für bäuerliches Eigentum an Grund und Boden.
- Die Partei DIE LINKE. fordert eine deutliche Steigerung des ökologischen Landbaus und ein umweltverträgliches Wirtschaften aller Landwirtschaftsbetriebe. Wir fordern u. a. eine gentechnikfreie Landwirtschaft.
- Wir wollen nachhaltig wirtschaftende bäuerliche Familienbetriebe, genossenschaftliche und kommunale Betriebe stärken und einer Konzentration privaten Grundeigentums, sowie den Einfluss landwirtschaftsfremden Kapitals zurückdrängen bzw. entgegenwirken.

Arm bleibt arm – da helfen keine Villen

Deutschland ist ein reiches Land. Allerdings ist der Reichtum ungleich verteilt. In der ursprünglichen Version des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung war das auch noch so nachzulesen: „Die Privatvermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt“, hieß es da. Und: „Die vermögensstärksten 10% der Haushalte“ besitzen „über die Hälfte des gesamten Nettovermögens“.



Dabei steigt der Anteil der Reichen am Gesamtvermögen ständig weiter. Der Anteil der ärmeren Bevölkerungshälfte am Gesamtvermögen hingegen fällt. Immer mehr besitzen nicht nur nichts, sie bauen zunehmend Schulden auf, ein Negativ- oder Minusvermögen sozusagen.

Das ist auch kein Wunder, wenn man die soziale und wirtschaftliche Realität der Deutschen näher betrachtet. So erhalten 4 Millionen

Arbeitnehmer einen Stundenlohn von weniger als 7 Euro. 1,4 Millionen gar erhalten weniger als 5 Euro in der Stunde. Brutto, versteht sich.

Auf Kosten der Menschen in diesem Lande vermehren die Reichen ihren Reichtum rücksichtslos weiter.

So wird Wohnraum für arme Menschen immer unbezahlbarer. Verschiedene Quellen sprechen davon, dass sich bereits 91 - 95 % aller Mietwohnungen im Besitz renditeorientierter Eigentümer befinden. Nur 5 - 9 % befinden sich in Besitz von Genossenschaften oder Stiftungen. Internationale Spekulanten kaufen zunehmend alten Wohnraum und wandeln ihn um in für einfache Menschen unbezahlbare Villen. Die alten Mieter werden bei diesem

Geschäft aus ihren Wohnungen regelrecht heraus gemobbt.

Deutschland braucht eine breite Gerechtigkeitsdebatte.

Deutschland braucht endlich konkrete Maßnahmen zur Realisierung von mehr Gerechtigkeit:

- einen Mindestlohn von 10 Euro
- einen erreichbaren Rentenbeginn auf einem lebenswerten Renten-niveau
- arbeitnehmerfreundlich regulier-te Arbeitsmärkte
- die Zerschlagung der Finanzmärkte und des Spekulantentums
- und vieles, vieles mehr.

Kurz, Deutschland benötigt endlich die konsequente Umverteilung von Oben nach Unten!



20 Jahre Tafeln in Deutschland - 20 Jahre Almosen statt Umverteilung!

Ausgestorben sind sie, die Ritter der Tafelrunde. Schwer im Kommen ist sie, die Runde der Tafelritter. Diese Ritter der Moderne arbeiten ehrenamtlich. Sie sammeln in Supermärkten und bei Großhändlern Lebensmittel, deren Haltbarkeit abgelaufen ist. Die können daher nicht mehr verkauft werden, sind aber noch verzehrbar. Diesen sonst zu entsorgenden Überschuss – der Groß- und Einzelhandel dankt's - reichen sie über so genannte Tafeln an Bedürftige weiter. Manchmal umsonst, manchmal gegen ein kleines Entgelt.

Die Idee stammt ursprünglich aus den USA in Form der so genannten Foodbanks. Nach diesem Vorbild gründete sich 1993 in Berlin die erste deutsche Tafel. 1994 folgte die zweite Gründung in München.

Ursprünglich als Nothilfe für die gedacht, die durch alle Maschen der sozialen Sicherung gefallen waren, wie z. B. Obdachlose, haben sich längst in den meisten deutschen Städten Tafeln als Almosen-System für Empfänger von Grundsicherung etabliert. Auch in Detmold. Ein bemerkenswerter, sprunghafter Anstieg der Zahl der Tafeln war ab

2005 zu verzeichnen, dem Jahr der Einführung von Hartz IV. Zufall? Wohl kaum!

„Es ist ein großes Glück, dass es die Tafeln gibt. Die Tafelbewegung ist ein wunderbares Beispiel für bürgerschaftliches Engagement. (...) Tafeln sind Antworten auf das zunehmende Problem von Armut. (...) Aber welche Menschen sind überhaupt angewiesen auf die Tafeln?“

So bemerkte und fragte noch unlängst die Grünen-Spitzenpolitikerin Katrin Göring-Eckhard.

Mögen die modernen Ritter der Tafeln es auch noch so gut meinen in ihrem Engagement, sind sie doch nur Unterstützer und Zuarbeiter



eines Systems der politischen Ignoranz gegenüber den Ursachen von Armut. Sie sind die Fußtruppen im Krieg Reich gegen Arm. Aus der notwendigen Umverteilung von Oben nach Unten machen sie durch ihre praktische Arbeit eine Restverteilung in der gleichen Richtung: von ganz oben nach ganz unten. So scheint Armut bewältigbar und wird zunehmend weniger in Frage gestellt.

20 Jahre Tafeln. Wir gratulieren. Ungehalten.



Nun, könnten das vielleicht diejenigen sein, die durch die Politik der Agenda 2010 auch mit Hilfe der Grünen in teils bitterste Not gestürzt wurden?

Die Abschiebep Praxis in Detmold ist menschenverachtend - jenseits der gesetzlichen Möglichkeiten

Am Donnerstag, 11. Juli 2013, wurde S. N. in der Asylunterkunft Heldmannstraße in Detmold überraschend und vor aller Augen verhaftet. Er wurde ins Abschiebegefängnis Büren verbracht und ist am 22. Juli nach Kasachstan abgeschoben worden, obwohl er eine freiwillige Ausreise vorbereitete. Viele Menschen empfinden dieses Vorgehen der Stadt Detmold als erschütternd.



S. N. lebte seit insgesamt zehn Jahren in Deutschland. Seit 2008 lebte er durchgehend in Detmold und kooperierte mit der Ausländerbehörde. Er ist 66 Jahre alt und 2003 als damaliger Oppositionspolitiker aus Kasachstan geflohen. In den letzten Jahren hat er sich auch für Asylbewerber in Detmold und in Lippe engagiert.

Nachdem zwischenzeitlich deutlich geworden war, dass das deutsche Ausländerrecht ihm kein dauerhaftes Bleiben in Deutschland ermöglichen würde, plante er zuletzt eine freiwillige Ausreise. Nach einem Vorgespräch im April sollte ein entscheidender Botschaftstermin in Berlin am Freitag, dem 19. Juli, stattfinden, um mögliche per-

sönliche Sicherheiten abzuklären.

Eine Stunde vor dem vereinbarten Termin beim Ausländeramt wurde S. N. am 11. Juli in aller Öffentlichkeit der Asylunterkunft verhaftet und in Abschiebehaft genommen. Das Haus wurde umstellt, er durfte nichts mitnehmen, auch nicht Brille oder Adressbuch. Die Abschiebung wurde für den folgenden Montag, dem 22. Juli, fest terminiert. Die Option einer geordneten Ausreise mit Sicherheitsgarantien wurde damit zerstört, selbst die Möglichkeit einer Weiterreise in ein anderes Land ist verhindert. Gefängnis im Herkunftsland droht konkret.

Bei einer kurzfristig angesetzten Mahnwache auf dem Detmolder Marktplatz drückten am 15. Juli über 100 Menschen ihre Erschütterung über dieses Handeln aus. Sie forderten von der Stadt Detmold:

- S. N. muss unverzüglich aus der Abschiebehaft freigelassen werden!
- Die Abschiebung am 22.7. muss ausgesetzt werden.
- Wenn nichts anderes mehr geht, muss zumindest eine freiwillige Ausreise ermöglicht werden.



Die Gespräche mit der Stadt Detmold verliefen nach Angaben der Flüchtlingshilfe sehr stockend. Es gab keinerlei Signale, dass eine Freilassung aus der Abschiebehaft

und eine humanitäre Lösung ermöglicht werden könnte. Im Gegenteil: Am 22. Juli wurde die Abschiebung tatsächlich vollzogen.

Am Samstag, dem 20. Juli, fanden sich bei einer Protestdemonstration nochmals rund 100 Menschen zusammen. Sie wollten damit, wie die Veranstalter in ihrem Aufruf schrieben, bei der Stadt „die Anliegen noch einmal bekräftigen“.

Alles vergeblich, die Stadt Detmold hat ohne jede Not ein Exempel statuiert. - Wem zum Nutzen?



Stadtverband Detmold – Der Kommentar

Die Würde des Menschen ist unantastbar? - Von wegen!

Wer Ulli Hoeneß heißt, Chef des FC Bayern München ist, mag millionenfach mit bemerkenswerter krimineller Energie bescheißen. Als „Leistungsträger“ wird er Nachsicht, ja Mitgefühl erfahren. Der arme, womöglich spielsüchtige Mensch. Bei aller medialer Aufmerksamkeit, seine Würde bleibt unangetastet.

Anders bei S., einem Menschen aus Kasachstan, geflo-

hen vor politischer Verfolgung. Kein „Leistungsträger“. Ein verzweifelter Mensch.

Als man ihn ausweisen wollte, tauchte er in seiner Not unter. Juristisch gesehen ein Fehlverhalten, menschlich verständlich. An ihm wird ein Exempel statuiert. Dramatisch inszeniertes Verhaftungsschauspiel inklusive. Seine Würde ist antastbar. Seine Würde wurde in Detmold angetastet.

Die Würde des Steuerflüchtlings ist unantastbar. Sie zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Die Würde des Verzweiflungsflüchtlings ist antastbar. Sie zu schützen, ist offenbar eine vernachlässigbare Pflicht.

Neues von Hartz IV: Endlich Schluss mit Sippenhaftung!

Das Bundessozialgericht (BSG) hat im Mai 2013 entschieden, dass Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften bei Sanktionierung eines einzelnen Mitglieds nicht mehr in Sippenhaftung genommen werden dürfen. Konkret ging es um Kürzung der Kosten der Unterkunft (KdU).

Wurden einem einzelnen Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft z. B. wegen eines versäumten Termins die Anteile an den KdU gestrichen, fehlte den anderen Angehörigen bisher dieser Kostenanteil für Miete und Heizung. Die gesamte Gemeinschaft drohte im Extremfall obdachlos zu werden.

Dem hat das BSG nunmehr einen Riegel vorgeschoben:

Einer Mutter mit zwei Söhnen (einer davon volljährig), die das Jobcenter Düsseldorf verklagt hatte, wurde recht gegeben. Dem Volljährigen war wegen einer Nichtigkeit der Kostenanteil für Unterkunft gestrichen worden. Die Mutter konnte die Unterkunftskosten nicht mehr bezahlen, da die Mietanteile von ihr und ihrem jüngeren Sohn nicht mehr ausreichten. Das Gericht gab der Mutter recht, das Jobcenter musste zahlen.

Die Begründung des BSG ist verblüffend einfach und nachvollzieh-

bar: Durch den sanktionsbedingten Wegfall des KdU-Anteils des älteren Sohnes hätten sich die Anteile der anderen beiden Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft erhöht. Deren Bedarf sei schließlich in Höhe der tatsächlichen Kosten der Unterkunft zu übernehmen. Der fehlende Kostenanteil des älteren Sohnes bedingt so geradezu eine Erhöhung des Kostenanteils des zweiten Sohnes und der Mutter. Die Sanktionierung läuft ins Leere.

Herzlichen Glückwunsch von unserer Seite an die Betroffenen!

Moderner Kannibalismus

In einer EDV-Firma werden fünf Kannibalen als Programmierer angestellt. Bei der Begrüßung der Kannibalen sagt der Chef zu ihnen: „Ihr könnt jetzt hier arbeiten, verdient gutes Geld und könnt zum Essen in unsere Kantine gehen. Also lasst die anderen Mitarbeiter in Ruhe.“

Die Kannibalen geloben, keine Kollegen zu belästigen. Nach vier Wochen kommt der Chef wieder zu ihnen und sagt: „Ihr arbeitet sehr gut. Nur uns fehlt eine Putzfrau, wisst Ihr was aus der geworden ist?“

Die Kannibalen antworten alle mit Nein und schwören mit der Sache nichts zu tun haben. Als der Chef wieder weg ist, fragt der Boss der Kannibalen: „Wer von Euch Affen hat die Putzfrau gefressen?“

Meldet sich hinten der Letzte ganz kleinlaut: „Ich war es.“ Sagt der Kannibalen-Boss: „Du Idiot, wir ernähren uns seit vier Wochen von Teamleitern, Abteilungsleitern, Projekt-Managern und Controllern, damit keiner etwas merkt und du Depp musst die Putzfrau fressen...!!!“

Was ist links?

Was ist eigentlich links? Wer ist links? Wie erkennt man links? Was heißt für mich links? Der Versuch einer kurzen Antwort auf all diese Fragen.

Zwischen der Tageszeitung taz und dem Verleger Harry Rowohlt gab es im Rahmen eines Interviews folgenden Dialog:
taz: „Was ist links?“
Harry Rowohlt: „Keine Ahnung.“
taz: „Sind Sie links?“
Harry Rowohlt: „Ja.“

Kann ein Mensch links sein, ohne zu wissen, was genau das ist? Offensichtlich!

Es ist aber auch schwierig. Im sich „links“ bezeichnenden Spektrum gibt es eine nicht überschaubare Menge an relativ großen Organisationen wie der Linkspartei, Attac und anderen sowie zahlreichen kleineren, oft regionalen Gruppen. Auch viele, die sich selbst nicht so bezeichnen, werden eher links eingeordnet, z.B. manche Gewerkschaften. Sie alle sind links, also, irgendwie. Keineswegs sind sie alle deckungsgleich. Nicht selten konkurrieren sie auch untereinander. Manche sehen sich linker als andere, einige gar scharf-links usw.

All diese Gruppen sind menschengemacht, werden von Menschen geformt und bedient. Allein diese Tatsache erklärt schon ihre Verrücktheiten, ihre Konkurrenzen,

ihre Befindlichkeiten. Wenn ich ein wenig bemühter hinschaue, sehe ich bei nahezu allen aber sehr ähnliche Ziele und ähnliche Antreiber, diese Ziele auch konsequent zu verfolgen.

So heißt „links“ sein für sie alle konsequent gegen Ausbeutung von Mensch und Natur einzutreten sowie für Selbstbestimmung, Regulierung und Schutz.

„Links“ sein, das heißt gegen Unterdrückung von Minderheiten



oder Anders-Seienden einzutreten sowie für demokratische Freiheit und gleiche Rechte für alle.

„Links“ ist gegen Krieg und Spaltung sowie für Solidarität und soziale Verantwortung.

Und dann ist „links“ nach meinem Eindruck auch noch gegen unkontrollierte, konservative Machtanhäufung auf politischer und wirtschaftlicher Ebene und deren Verquickung sowie

Kleine Anmerkung zur Detmolder Hindenburg-Diskussion



DIE LINKE unterstützt die Initiative der Detmolder Alternative auf Umbenennung der Hindenburgstrasse in Detmold.

Hindenburg war ein Antidemokrat durch und durch. So konstatierte er zur Wahl am 5. März 1933 geradezu aufatmend, dass „jetzt ein für allemal mit der Wählerei Schluss“ sei.

Legendar ist seine Zustimmung zur Notverordnung nach dem Reichstagsbrand. Diese Verordnung erlaubte die Suspendierung sämtlicher bürgerlicher Grundrechte. Er half damit den Nazis bei der Öffnung der Tür zur rücksichtslosen Verfolgung poli-

für demokratische und bewusste Gestaltung politischer, wirtschaftli-

tisch Andersdenkender.

Wer und was Hindenburg eigentlich war, deutet z. B. eines seiner bekannteren Zitate an: „Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur.“

Was für ein Vorbild!

Nebenbei: Was ist eigentlich mit anderen Detmolder Strassen?

Gibt es nicht z. B. eine Moltkestrasse? Wer war Moltke? Ein Demokrat, ein Vorbild, ein Kämpfer gegen Unrecht? Was machen wir mit dieser Strasse? Mal schau.

cher und anderer Lebenswelten.

Wer sich da irgendwo, irgendwie einordnen kann und den vielleicht nur diffusen Wunsch verspürt, „da was zu tun“, ist wohl links. Ob er oder sie nun will oder nicht.

Es war Max Frisch, der einmal gesagt hat: „Die Linke hat einen kühnen Anspruch an die Intelligenz der Menschen. Und ... an ihre Moralität. Und das bringt ihr die Noblesse aber auch die Ohnmacht. Faschismus setzt einfach auf das Tier. Links ist eine Anstrengung. Lebenslänglich.“

Es ist in vielerlei Hinsicht: „Fünf nach Zwölf!“ Zeit für linke Anstrengung. Egal, welches links.



Der Stadtverband DIE LINKE. Detmold trifft sich alle zwei Wochen Montags um 19 Uhr im Parteibüro Exterstraße 9 in Detmold.

Hier stehen erstmals Beiträge von Genossinnen und Genossen aus dem Kreisverband Höxter

Gute Nachrichten für private Stromverbraucher!!! Es ist der HIT! Hitstrom muss zahlen!

Zunächst ein wenig Transparenz: Hinter Hitstrom verbirgt sich der Finanzinvestor „Glotec Ventures“, mit Sitz in München, Unternehmensleiter: Ludwig Preller!

Mit Unterstützung der Partei DIE LINKE hat der Dortmunder Rechtsanwalt Dr. jur. Olaf Kemper, einen Musterprozess gegen „Hitstrom-Energie“ geführt - Anlass: nicht rechtzeitig ausgezahlter Bonus - und vor dem Amtsgericht Dortmund gewonnen.

Hitstrom muss jetzt nicht nur den Bonus zahlen, sondern auch noch sämtliche Gerichts- und Anwaltskosten.

Hitstrom ist, wie auch andere Anbieter, dafür bekannt, vereinbarte Boni nicht oder nur mit erheblicher Verzögerung auszuzahlen. Hier drängt sich natürlich sofort der Gedanke auf: Ist hier der Name des Unternehmensleiters Programm? Preller!

Die meisten Verbraucher scheuen sich, hiergegen anwaltlich und notfalls gerichtlich vorzugehen. „Dieser gewonnene Prozess zeigt, dass man dies aber unbedingt tun sollte, wenn auch die Suche nach einem übernahmebereiten Rechtsanwalt etwas Mühe machen könnte“, so Dr. Kamper.

Der Grund für die geringe Übernahmebereitschaft der Rechtsan-

wälte liegt in der noch nicht einmal kostendeckenden Bezahlung für den Rechtsanwalt in einem solchen Verfahren.

Der Anwalt erhält lediglich 32,50 Euro für seine Bemühungen, wenn die Bonushöhe unter 300 Euro liegt. Alle Boni liegen unter 300 Euro. Ein solches Mandat ist also keineswegs lukrativ, ja noch nicht einmal kostendeckend, und Anwälte werden sich nicht gerade darum reißen.

Beim Beschluss solcher Niedrigst-Gebühren, die durch die Bundestagsabgeordneten getroffen werden, führt das zum Nachdenken:

Was steckt dahinter?

Ist es die Verhinderung von juristischer Gegenwehr gegen dieses Geschäftsgebaren der Stromvertriebsbetriebe? Wird hier von Seiten der beschließenden Politiker ein Schutz für die Stromvertrieber installiert?

Denn, je geringer die Entlohnung ausfällt, umso weniger Menschen, hier: Rechtsanwälte, werden sich bereit finden, die ein solches Mandat übernehmen möchten. Damit wird natürlich eine Gegenwehr im Keim erstickt.

Wenn Sie betroffen sind, lassen Sie sich nicht entmutigen. Der Erfolg von Dr. Kamper und seines Mandanten zeigt, dass es sich für uns Bürger als Stromverbraucher

durchaus lohnt, den juristischen Weg zu gehen und auch bei finanzstarken Investoren nicht klein beizugeben.

Stehen wir auf gegen die Heuschrecken, machen wir sie nicht noch reicher, stoppen wir ihre Raubzüge.

Wir, DIE LINKE. (nicht nur) im Kreisverband Höxter, stehen an Ihrer Seite!

Kontakt:
kontakt@dielinke-hoexter.de
05253 932917
(Martin Rutsch)

Erneut Naziflyer in Bad Driburg



ben damit an, verboten zu sein, und verhehlen nicht, dass sie gefährlich sind. Und der populistische Ton! Viel Lärm und nichts dahinter. Dazu das Konterfei des bildhübschen Holger Apfel, seines Zeichens Vorsitzender der NPD.

Es ist Wahlkampf. Zeit für die NPD, auf Stimmenfang zu gehen. Doch was bedeutet das? Hat sie jemand schon einmal öffentlich gesehen? Weiß jemand, wer sie sind, oder wann sie auftreten, hier in Driburg? Wer einen kennt, melde sich bitte!

Zumindest der Wahlkampf der NPD sieht so aus: Sie lassen Flyer liegen. Im Supermarkt, in der Bank, auf der Straße. Ganz einfach. Sie ge-

Was sollten Sie tun, wenn Sie Flyer finden?

Mitnehmen und zur Polizei bringen! Oder gleich wegwerfen. Die Vergangenheit ist Gegenwart; zeigen Sie Mut und stoppen diesen Nazischund.

Wahlkampf-Impressionen aus Höxter



Mach mit!

DIE LINKE.
Für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie.
Kontakt und weitere Informationen unter www.linksaktiv2013.de

Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!
Ja, ich möchte meine Ideen und mein Engagement einbringen. Bitte halten Sie mich auf dem Laufenden und informieren Sie mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten der Partei DIE LINKE!

Name, Vorname: _____
Straße, Hausnummer: _____
PLZ: _____ Ort: _____
Telefon: _____ Geburtsdatum: _____
E-Mail: _____

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE:
 Ja Nein Ich möchte Mitglied werden.

Ich will in meinem Umfeld Zeitungen/Material verteilen, schick mir bitte: 100 Stück 200 Stück 500 Stück

Datum: _____ Unterschrift: _____

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet. **Ensenden an: DIE LINKE, Wahlquartier, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin.** Online anmelden: www.linksaktiv2013.de

Kathrin Vogler, MdB

Unterschiedliche Perspektiven und offene Diskussion:

„Mehr Geld für Krankenhausbeschäftigte ist gut für uns alle!“



Kleiner Saal der Stadthalle Detmold, 27. August, 19 Uhr

**Salzhof, Bad Salzuflen, 5. September, ab 17:30 Uhr
Wahlkampfauftritt mit musikalischer Begleitung:**

**Dr. Diether Dehm, MdB,
Liedermacher und Interpret**

„Europa: So nicht! - Sozialstaat retten statt Banken“



Sevim Dagdelen, MdB

Vortrag mit Diskussion:

„NSU-Verbrechen, Rassismus und die Rolle der Sicherheitsbehörden“



Kleiner Saal der Stadthalle Detmold, 19. September, 19 Uhr

DIE LINKE. Lippe und Höxter bis September 2013

(kurzfristige Änderungen vorbehalten)

Datum	Veranstaltung/ Versammlung/Aktion	Datum	Veranstaltung/ Versammlung/Aktion	Datum	Veranstaltung/ Versammlung/Aktion
10.08.13	Infostände in Detmold und Lemgo	02.09.13	„Politik für jung und alt – Demographische Herausforderungen im Kreis Höxter“, DGB-Diskussionsveranstaltung in Brakel, u. a. mit unserer Direktkandidatin <i>Uschi Jacob-Reisinger</i>	10.09.13	BUND-Veranstaltung zur Energiepolitik in der Schule am Wall, Detmold, u. a. mit unserem Direktkandidaten <i>Berndt Wobig</i>
16.08.13	Treffen Stadtverband Lemgo	02.09.13	Treffen Stadtverband Detmold	11.09.13	Infostand in Bad Salzuflen-Schötmar
19.08.13	Treffen Stadtverband Detmold	04.09.13	Infostand in Bad Salzuflen-Schötmar	14.09.13	Infostände in Bad Salzuflen, Detmold und Lemgo
22.08.13	Diskussionsveranstaltung zur geplanten B239n ab 19.00 Uhr im Bürgerhaus Clara-Ernst-Platz in Lage, u. a. mit unserem Direktkandidaten <i>Berndt Wobig</i>	05.09.13	Open-Air-Veranstaltung mit MdB Diether Dehm in Bad Salzuflen	14.09.13	Umfairteilen-Demos in ganz Deutschland
24.08.13	Infostände in Bad Salzuflen, Detmold und Lemgo	06.09.13	Treffen Stadtverband Lemgo	17.09.13	Sahra Wagenknecht in Bielefeld mit den OWL-KandidatInnen
24.08.13	Sommerfest der LINKEN WahlkämpferInnen in Detmold	07.09.13	Blumen für Stukenbrock	17.09.13	Oskar Lafontaine in Paderborn und Gütersloh
27.08.13	Veranstaltung mit MdB Kathrin Vogler in Detmold	07.09.13	Infostände in Bad Salzuflen, Detmold und Lemgo	18.09.13	Infostände in Bad Salzuflen-Schötmar und Horn - Bad Meinberg
28.08.13	Infostand in Bad Salzuflen-Schötmar	08.09.13	Lipp. Friedensbündnis: Kundgebung in Bad Salzuflen gegen die Bundeswehr-Werbeveranstaltung	19.09.13	Veranstaltung mit MdB Sevim Dagdelen in Detmold
30.08.13	Treffen Stadtverband Lemgo	10.09.13	Veranstaltung mit dem WahlMobil der Neuen Westfälischen in Höxter um 14 Uhr, u. a. mit unserer Direktkandidatin <i>Uschi Jacob-Reisinger</i>	21.09.13	Infostände in Bad Salzuflen, Detmold und Lemgo
31.08.13	Infostände in Bad Salzuflen, Detmold und Lemgo			22.09.13	WÄHLEN gehen: DIE LINKE.
01.09.13	Weltfriedenstag - Friedensfest in Bad Salzuflen				